

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte FPÖ-Gemeinderäte Michael Niegl, Toni Mahdalik, Wolfgang Seidl und Wolfgang Irschik betreffend „**Alkoholverbot am Franz-Jonas-Platz, 1210 Wien**“, eingebracht in der Spezialdebatte „Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen“ im Rahmen der Debatte zum Budgetvoranschlag 2019 am 26. November 2018

---

Seit Jahren verkommt der Franz-Jonas-Platz in Floridsdorf immer mehr zu einem Treffpunkt der Alkoholiker- und Drogenszene. Die Verhängung des Alkoholverbotes am Praterstern hat zudem zu einem Verdrängungseffekt geführt. Dies wird auch von Exekutivbeamten der „600er-Streife“, welche ihren Dienst auf diesem Platz versehen, bestätigt.

Neben der äußerst aggressiv auftretenden Alkoholikerszene hat sich bereits eine wachsende Drogenszene etabliert. Zudem wird der Platz auch zunehmend von Jugendbanden und Kleinkriminellen in Anspruch genommen.

Der Platz stellt einen der wichtigsten Verkehrsknoten des öffentlichen Verkehrs dar und wird täglich von tausenden Menschen frequentiert. Immer mehr Menschen fühlen sich durch die stetig steigende Anzahl alkoholisierter und aggressiver Personen, der Drogenszene und durch die täglichen Gewaltexzesse bedroht.

Vor allem Frauen und ältere Menschen wenden sich mit ihren Sorgen und Ängsten an uns Freiheitliche und fordern die Umsetzung wirkungsvoller Maßnahmen gegen diese besorgniserregende Entwicklung.

Das Alkoholverbot am Praterstern hat Wirkung gezeigt und die Situation deutlich verbessert. Die Verhängung einer derartigen Verordnung wäre daher auch für den Franz-Jonas-Platz dringend notwendig.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

#### B e s c h l u s s a n t r a g

Der Herr Bürgermeister, Dr. Michael LUDWIG, möge gemäß § 76 i. V. m. § 108 der Wiener Stadtverfassung durch den Magistrat eine Verordnung für ein Verbot von Alkoholkonsum am Franz-Jonas-Platz veranlassen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.